

Pressemitteilung

Nr. 202/2015

Kiel, 03.11.2015

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. 0431-988 1383

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Konkrete Maßnahmen statt zynischer Scheindebatten

Zu den Verhandlungen der Regierungsparteien im Bund über flüchtlingspolitische Maßnahmen erklärt der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms:

Wer nicht kriminell ist, gehört auch nicht eingesperrt. Schon gar nicht in extraterritoriale Zonen, wo deutsches Recht weitgehend außer Kraft gesetzt ist. Deshalb lehnen wir Transitzonen, wie sie CDU/CSU vorschlagen, komplett ab. Wir haben die Abschiebehäft in Rendsburg schließlich nicht ohne Grund abgeschafft. Auch Flüchtlinge haben Grundrechte.

Weitaus humaner und auch praktikabler erscheint uns der SPD-Vorschlag nach Einreisezentren.

Was wir jedoch vor allem brauchen, sind mehr Mitarbeiter im BAMF, damit die Berge von Asylanträgen endlich zeitnah abgearbeitet werden können. Hier sollte Innenminister De Maizière seinen Worten endlich mal Taten folgen lassen.

Besonders zynisch ist die derzeitige Scheindebatte über den

Familiennachzug; suggeriert sie doch, es würden bereits Millionen von Familienmitgliedern vor den Grenzen Deutschlands stehen. Fakt ist aber: Nur jene, die eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung haben, dürfen ihre Familien überhaupt nach Deutschland holen. Der Großteil der sich heute in Deutschland befindenden Flüchtlinge haben aber nur eine Duldung, und somit ist ihnen diese Möglichkeit verwehrt. Vorschläge aus der Union, wonach Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten - also Menschen, die nicht die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen, aber dennoch Tod oder Folter in ihrem Heimatland fürchten müssen – erst nach zwei Jahren ermöglicht werden soll, lehnen wir ab. Das wäre absurd und unmenschlich.

Ein weiteres wichtiges Thema für den SSW sind die Lebensverhältnisse der Roma in den Balkanstaaten. Hier wurde im ersten Asylkompromiss der Bundesregierung vereinbart, Projekte zu fördern, die die Situation der Roma in diesen Ländern verbessern. Dieser Zusage müssen jetzt auch Taten folgen und insbesondere ein konkretes Budget zur Verfügung gestellt werden.

Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, auch künftig zu ermöglichen, dass vor Ort zwischen Sach- und Geldleistungen für Flüchtlinge entschieden werden kann. Dabei werden wir in Schleswig-Holstein weiterhin auf Geldleistungen setzen, weil sie den Flüchtlingen ein zumindest in Teilen selbstbestimmtes Leben ermöglichen und es zudem für Land und Kommunen günstiger ist als Sachleistungen zu administrieren.